

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – eine Zwischenbilanz

Stand: 29.10.2020

Text: Dr. Martin Große Hüttmann (Universität Tübingen) und Thomas Schinkel (LpB)

Die Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020

Programmpunkte	Wie komplex ist das Thema?	Wie kontrovers ist das Thema?	Wie hoch ist der Zeitdruck?
„Europas Antwort auf die Corona-Pandemie“	<p>umfasst fast alle Politikbereiche (Wirtschaft, Außenpolitik, Gesundheitspolitik, usw.) und hat die Themen der ursprünglichen Agenda überlagert;</p> <p>Problem: die Erwartungen an die EU sind hoch, sie kann jedoch nur in den Bereichen tätig werden, in denen sie auch Kompetenzen besitzt (z.B. Binnenmarkt);</p> <p>die Corona-Krise geht an die Grundfesten der EU (Stichwort: europäische Solidarität);</p> <p>mit dem im Juli 2020 beschlossenen Corona-Wiederaufbaupaket („Next Generation EU“ und „Mehrjähriger Finanzrahmen“ 2021-2027 in Gesamthöhe von 1,8 Billionen Euro) hat die EU eine historisch einmalige Summe bereitgestellt, um den von der Pandemie besonders betroffenen EU-Staaten durch die gemeinsame Aufnahme von Krediten zu helfen.</p>	Europäische Solidarität wird nicht bestritten; strittig ist jedoch das Ausmaß der EU-Hilfe und die Frage, wie die Vergabe von EU-Finanzmitteln kontrolliert werden soll (z.B. Verknüpfung an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit).	Bislang ist kein Ende der Pandemie in Sicht; angesichts der wachsenden Infektions- und Todeszahlen in den EU-Staaten ist rasches und abgestimmtes Handeln in der EU gefragt.

„Ein stärkeres und innovativeres Europa“	Die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Megaprojekt und erfordert Anpassungen in den unterschiedlichsten Bereichen (z.B. Infrastruktur, Arbeitsmarkt, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen usw.).	Es besteht Einigkeit in den Grundsatzfragen, jedoch Streit über die Instrumente und die konkrete Umsetzung einzelner Maßnahmen.	Die digitale und ökologische Agenda ist ein langfristig ausgerichtetes Großprojekt; durch die Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen, die die Corona- Pandemie verursacht, bekommt die Agenda eine höhere Dringlichkeit.
„Ein gerechteres Europa“	Stärkung der sozialen Dimension und des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist seit jeher ein zentrales Ziel der EU. Durch die Corona-Pandemie ist die Forderung nach europäischer Solidarität gestiegen.	Streit zwischen den EU-Staaten in zentralen Punkten (z.B. beim Thema Gleichstellung der Geschlechter).	Kein unmittelbarer Handlungsdruck; die Ziele der Agenda fügen sich ein in die Politik zur Schaffung eines „Sozialen Europas“ seit den 1990er Jahren.
„Ein nachhaltigeres Europa“	Die Umsetzung der ehrgeizigen Klimaziele der EU führt zu einem umfassenden Transformationsprozess für die Wirtschaft und die Gesellschaften in Europa; die EU-Kommission hat 2019 mit ihrem „European Green Deal“ die Vorlage geliefert.	Da die einzelnen EU-Staaten unterschiedlich gut auf einen umfassenden ökologischen Transformationsprozess vorbereitet sind, gibt es Konflikte über Ausmaß und Geschwindigkeit der Umsetzung der Klimapläne; um Skeptiker und Bremser zu unterstützen, bietet die EU finanzielle Hilfen für die Transformation von Wirtschaft und Energieversorgung („Just Transition Fund“).	Die Klimapolitik der EU zielt u.a. auf den Umbau der Wirtschaft („Green Economy“); der Handlungs- und Erwartungsdruck ist hoch, weil sich die EU auch als internationaler Vorreiter in der Klimapolitik sieht; die Pläne haben durch die Corona-Pandemie eine neue Dynamik und Bedeutung bekommen, weil die Vergabe der Corona-Mittel an bestimmte Ziele geknüpft wird: v.a. Projekte zur Digitalisierung und Nachhaltigkeit sollen gefördert werden.

<p>„Ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte“</p>	<p>Die EU versteht sich als Rechtsgemeinschaft und muss entsprechend die eigenen Grundwerte (z.B. Rechtsstaatlichkeit) schützen und dort, wo sie in Gefahr sind, aktiv werden;</p> <p>Das Ziel, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, umfasst u.a. eine bessere Zusammenarbeit der nationalen Sicherheitsbehörden und auch ein gemeinsames Vorgehen gegen Falschinformationen im Internet.</p>	<p>Die Frage, ob und wie die EU die Rechtsstaatlichkeit in einzelnen Mitgliedstaaten (z.B. in Polen oder Ungarn) schützen darf, ist umstritten. Der Streit dreht sich um die Frage, ob „Brüssel“ in die nationale Politik eingreifen darf. Die EU-Kommission und die Mehrzahl der Mitgliedstaaten sehen eine Pflicht zum Eingreifen, weil das EU-Recht und die europäischen Werte in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten müssen. Ohne Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit sind grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen und Investitionen im EU-Binnenmarkt sowie die europaweite Zusammenarbeit der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden in Gefahr (EU als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“).</p>	<p>Die Stärkung der EU als Rechtsgemeinschaft ist ein langfristig angelegtes Projekt; da die Einschränkungen der Rechtsstaatlichkeit in einzelnen EU-Staaten schleichend geschehen, erscheint der Handlungsdruck vermeintlich niedriger.</p>
<p>„Eine handlungsfähige Europäische Union für eine regelbasierte internationale Ordnung“</p>	<p>Die EU ist ein wichtiger globaler Akteur, der seine Handlungsmöglichkeiten aber nicht immer voll ausspielen kann, weil einzelne Staaten mit einem Veto Beschlüsse der EU blockieren können. Folge: Die EU kann ihre Werte und Prinzipien (z.B. Multilateralismus, Schutz der Menschenrechte usw.) in der internationalen Politik nicht immer durchsetzen und kann dadurch an Gestaltungskraft verlieren.</p>	<p>Es gibt einen grundsätzlichen Konsens, dass eine geschlossen auftretende EU auf der internationalen Bühne sehr viel mehr erreichen kann als ein einzelner Mitgliedstaat (auch Deutschland und Frankreich sind gegenüber den USA und China nur kleine Staaten). Da die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik jedoch zu den klassischen Aufgaben der Nationalstaaten gehören, stößt die „Europäisierung“ dieser Bereiche (etwa durch die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip) an Grenzen.</p>	<p>Die EU hat aufgrund des Rückzugs der USA als globale Ordnungsmacht, die für die Einhaltung von internationalen Regeln sorgt, und wegen des vermehrt aggressiven Auftretens von Russland und China ihre Außenpolitik neu ausgerichtet; sie will nun auch die „Sprache der Macht“ sprechen und ihre „strategische Autonomie“ (u.a. in der Verteidigungspolitik) ausbauen; eine enge außen- und verteidigungspolitische Anbindung Großbritanniens nach dem Brexit ist eines der drängenden Probleme in den Verhandlungen zwischen London und der EU-27.</p>

Quelle: Zusammenstellung auf der Grundlage des Programms der deutschen Ratspräsidentschaft „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“, Berlin 2020